Wir Ostpreußen

Verlagspostamt Leer (Ostfriesl.) ● Einzelpreis 35 Pf. ● Im Abonnement 61 Pf einschließlich Zustellgebühr

Folge 12 Hamburg, 20. Juni 1950 / Verlagsort Leer (Ostfriesl.) Jahrgang 2

Die Menschenrechte der Heimatvertriebenen

von Professor Dr. Laun,

Direktor der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg

Nach neuesten Zeitungsmeldungen hat die UNO-Kommission, welche den Entwurf eines internationalen Vertrages über die Menschenrechte berät, mit Mehrheit beschlossen, in diesem Entwurf auszusprechen, daß nur Staaten, nicht aber Einzelpersonen oder nichtamtliche Stellen und Organisationen Beschwerde wegen Verletzung des Vertrags erheben können. Besonders betroffen fühlen sich die etwa zwölf Millionen heimatvertriebener Ostdeutscher, die von einer künftigen Entwicklung des Völkerrechtes die Verwirklichung ihres Menschenrechtes auf ihre alte angestammte Heimat erhoffen. Wie ist nun die Rechtslage?

Am 10. Mai 1948 hat die Generalversammlung der UNO eine internationale Erklärung, „Deklaration", der Menschenrechte beschlossen. Sie stellt einen Katalog von Menschenrechten in 28 Artikeln auf. Er enthält viel Gutes und Schönes. Unter anderem soll nach Art. 13 jeder das Recht haben, jedes beliebige Land einschließlich seines eigenen zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren. Leider sind die Artikel im allgemeinen sehr vage. So auch der eben zitierte. Er schützt nicht die Rückkehr eines Vertriebenen in die geographische Heimat, sondern in „sein Land", das Wort Land aber ist mehrdeutig und heißt im Völkerrecht meist so viel wie Staat. Falls daher, wie der Ostblock es will, die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie als annektiert zu gelten hätten und nicht mehr zum Deutschen Reiche gehören würden, würde Art. 13, selbst wenn er dem Einzelnen ein Recht auf Rückkehr gewährleisten würde, den Ostdeutschen nicht die Rückkehr nach den Ostgebieten sichern, denn diese wären dann nicht mehr „ihr Staat".

Außerdem gewährt die Deklaration der Menschenrechte dem Einzelnen und nichtstaatlichen Organisationen nicht einmal ein Petitionsrecht, geschweige denn ein Beschwerderecht. Petitionsrecht nennt man das Recht, eine Eingabe zu überreichen, so daß sie nicht von vornherein als unzulässig zurückgewiesen werden darf. Sie gibt aber noch keinen Anspruch auf Erledigung. Im Gegensatz dazu nennt man Beschwerderecht das Recht auf eine Erledigung, also auf ein Prüfungsverfahren, mag dieses nun günstig oder ungünstig ausfallen, und auf Verständigung von der Erledigung. Kurz, Petitionen, auch wo sie formell angenommen werden müssen, dürfen in den Papierkorb wandern, Beschwerden müssen geprüft werden.

Da der Einzelne oder die private Organisation nicht einmal ein Petitionsrecht hat, brauchen ihre Eingaben demnach nicht formell angenommen zu werden. Tatsächlich sind nach Mitteilungen in Zeitschriften einige private Petitionen an die UNO in Angelegenheiten der Verletzung der Rassengleichheit angenommen worden und haben wenigstens die Erledigung erhalten, daß die Eingabe dem Ausschuß zur Kenntnis übermittelt worden sei. Ein Prüfungsverfahren setzt jedoch praktisch voraus, daß, ein Mitglied der UNO, also ein Staat, die Sache aufgreift.

Aber „Deklarationen" binden nach der bei den souveränen Staatsregierungen überwiegenden Auffassung im Gegensatz zu „Verträgen" die unterzeichneten Staaten nicht, sie haben, wie die Juristen oft sagen, keine rechtliche, sondern „nur" eine „moralische" Bedeutung. Daher kann die Generalversammlung der UNO, selbst wenn eine Petition zu einem Prüfungsverfahren führen sollte und dieses günstig für den Petenten ausfallen sollte, doch nur eine „Empfehlung" beschließen, welche den Staat, gegen den sich die Petition richtet, nicht verpflichtet, sich danach zu richten.

Nun haben bei den Vorbereitungen zur Deklaration sich allerdings auch Stimmen für die Rechtsverbindlichkeit der Deklaration erhoben. Aber die Mehrheit lehnte dies ab, und zu dieser Mehrheit gehörten namentlich die Vereinigten Staaten, England und die Sowjetunion, jene drei Staaten, deren Regierungen für das Werk von Jalta verantwortlich sind. Auch die Aufnahme des Petitionsrechtes in die Deklaration fand keine Mehrheit, und zu denen, die sich dagegen aussprachen, gehörten ebenfalls diese drei Großmächte. Die Souveränität steht eben in der heutigen Welt noch immer höher im Kurs als rechtliche Garantien für Menschenrechte.

Gegenwärtig arbeitet die Kommission an dem Entwurf eines Vertrages über die Menschenrechte. Wenn man nun schon in der Deklaration sogar das bloße Petitionsrecht Privater oder doch irgendwelcher Organisationen nicht durchsetzen konnte, so ist es bei der Haltung der Großmächte zum Souveränitätsgedanken selbstverständlich, daß dieses Recht keine Aussicht hat, in den Vertrag aufgenommen zu werden, und noch viel weniger hätte jemand erwarten können, daß ein Beschwerderecht anderen als Staaten eingeräumt werden würde. Uebrigens hat sich jetzt nur ein Vorgang wiederholt, der sich schon im Genfer Völkerbund in Bezug auf den Schutz nationaler Minderheiten abgespielt hat. Auch damals verhinderte der Souveränitätsgedanke die Ausbildung eines Rechtsschutzverfahrens.

Ein endgültiger Abschluß einer Entwicklung ist allerdings der gegenwärtige Zustand des Völkerrechtes offenbar nicht. Der geistige Kampf zwischen der Souveränität und den Menschenrechten geht weiter. Ich habe ihn kürzlich in einem Aufsatz: „Zweierlei Völkerrecht" im Jahrbuch für internationales und ausländisches öffentliches Recht, Hamburg, II. Band 1949, zu schildern versucht, und bereits in meiner zweiten Rektoratsrede, „Der dauernde Friede", Hamburg, 6. November 1947, habe ich die Möglichkeiten erörtert, die sich bieten, um den Konflikten schließlich einmal zu entgehen.

Allein wie immer man über das von mir Vorgebrachte denken mag, über eines muß man sich klar werden: das Völkerrecht ist durch die Massenaustreibungen im Osten in seinen tiefsten Grundlagen erschüttert. Nach den auf zuverlässigen Materialien und Schätzungen beruhenden Mitteilungen der Studienkommission des Beirats beim Flüchtlingsbischof und beim Hohen Päpstlichen Protektor für das Flüchtlingswesen in der Broschüre: „Zum deutschen Flüchtlingsproblem", Bad Homburg, 1949, sind im ganzen etwa 15½ Millionen „unter brutalen und unhumanen Umständen und in kürzester Frist" vertrieben worden. Ungefähr 3½ Millionen sind auf der Flucht ums Leben gekommen, 12 Millionen sind nach dem restlichen Deutschland gelangt. Diese Ziffern dürften durch dasjenige, was auch evangelischen und anderen zuverlässigen öffentlichen Stellen sowie Flüchtlingsverbänden bekannt ist, bestätigt werden. Man darf die Bestialitäten Hitlers nicht als Entschuldigungsgrund entgegenhalten. Denn über diese hat die Welt gerichtet. Aber über die Vorgänge im Osten hat die Welt noch nicht gerichtet, und die UNO. auch die Deklaration der Menschenrechte, schweigt dazu. Wie würden sie sich verhalten, wenn ein siegreiches Deutschland, gleichgültig ob ein Hitlerisches, Wilhelminisches oder demokratisches, 15½ Millionen Franzosen aus Frankreich oder Engländer aus England unter gleichen Umständen vertrieben hätte? Erst muß die Welt über die Tatsachen aufgeklärt werden, dann erst werden die Menschenrechte gegen die Souveränität moralisch zur Geltung gebracht werden können.

Appell an das Gewissen

Washington. Die bekannte amerikanische Publizistin Freda Utley, die sich insbesondere durch ihr mutiges Buch: „Die hohen Kosten der Rache" einen Namen machte, in der die amerikanische Deutschlandpolitik einer scharfen Kritik unterzogen wird, befaßt sich in der Wochenschrift „Human Events" insbesondere mit der Frage der Verantwortlichkeit für die gegenwärtige gefahrvolle Lage in Europa, wie sie sich infolge der US-Außenpolitik während des Krieges und in der ersten Nachkriegszeit ergeben hat. Dabei richtet sie eindringliche Worte an die amerikanischen Politiker, die „für den verderblichen Gang der amerikanischen Politik von Teheran bis Potsdam und noch ein bis zwei Jahre danach" verantwortlich seien. Diese Politiker suchten heute diese Verantwortung abzuleugnen, wobei sie sich gegenseitig unterstützten. „Sie bekennen weder ihre früheren Irrtümer, noch bereuen sie", schreibt Freda Utley im Rahmen dieses Aufsatzes, der sich insbesondere auch mit der Frage der Säuberung der Verwaltung von kommunistenfreundlichen Elementen befaßt, wie sie kürzlich von dem amerikanischen Senator Mc Carthy in Angriff genommen wurde. Miss Utley wendet der Frage der deutschen Heimatvertriebenen ein ständiges Augenmerk zu und sprach kürzlich auf einer Veranstaltung des United Action Committee For Expellees in Philadelphia.

Die Ostgebiete bleiben ein Teil Deutschlands

Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat einmütig gegen die „Warschauer Beschlüsse"

Im Namen der Bundesregierung und des Bundestages gab der Alterspräsident Löbe am 13. Juni in der Sitzung des Bundestages nachstehende Erklärung ab:

Meine Damen und Herren!

Im Namen aller Fraktionen und Gruppen des Bundestages, mit Ausnahme der Kommunistischen Fraktion, zugleich mit Zustimmung der Bundesregierung und des Bundesrats gebe ich folgende Erklärung ab: **In der von einer Delegation der sogenannten provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Polen unterzeichneten Vereinbarung vom 6. Juni 1950 ist die völker- und staatsrechtlich unhaltbare Abmachung aufgestellt, daß zwischen der sowjetischen Zone Deutschlands und Polen eine Friedensgrenze festgelegt worden ist. Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands. (Stürmischer Beifall und Bravorufe.)**

Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu betreiben. Die Regelung dieser ... (unterbrochen durch weiteren stürmischen Beifall) Die Regelung dieser wie aller Grenzfragen Deutschlands, der östlichen wie der westlichen, kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung als ein Vertrag der Freundschaft und guten Nachbarschaft mit allen Nationen baldigst geschlossen werden muß.

Die Mitwirkung an der Markierung der Oder-Neiße-Linie als angeblich unantastbare Ostgrenze Deutschlands, zu der sich die sogenannte prvisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit gefunden hat, ist ein Beweis für die beschämende Hörigkeit dieser Stelle gegenüber einer fremden Macht.

Der Bundestag weiß, daß er bei der Zurückweisung dieser Handlung auch im Namen der Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone eintritt. (Stürmischer Beifall.)

Nach Verlesen dieser Erklärung, die mit stürmischem Beifall des Hauses aufgenommen wurde, erteilte Bundestagspräsident Dr. Köhler dem Abgeordneten von Brentano das Wort, der erklärte, daß eine Aussprache über diese Verlautbarung nicht notwendig sei. Unter dem Tumult des Hauses versuchte der kommunistische Abgeordnete Max Reimann, ohne daß ihm das Wort erteilt worden war, mit sich überschlagender Stimme eine Erklärung der Kommunistischen Partei abzugeben, was jedoch durch Unterbrechung der Sitzung verhindert wurde. Nach dem Wiederzusammentritt des Bundestages unterstrich Bundestagspräsident Dr. Köhler die Bedeutung der Erklärung der Weltöffentlichkeit gegenüber und bat, die Sitzung erneut um 15 Minuten zu unterbrechen, um die Wichtigkeit der Erklärung zu unterstreichen. Nach dieser Pause trat der Bundestag in die Verhandlungen über den Eintritt der Deutschen Bundesrepublik in den Europarat ein.

Der Bundestagsabgeordnete Max Reimann wurde wegen seines unverschämten Verhaltens für dreißig Sitzungstage ausgeschlossen.

93,4 v. H. der Arbeitslosen sind Heimatvertriebene

Wiesbaden. Der neueste Bericht des mit der Statistik für Bundeszwecke beauftragten Amtes bringt folgende wichtige Zahlen zum Vertriebenenproblem:

Die Zahl der Heimatvertriebenen hat sich bis zum 1. 1. 1950 auf 7 675 100 (16,1 v. H. der Gesamtbevölkerung) erhöht. Davon waren zum gleichen Zeitpunkt 546 663 arbeitslos, (in Bayern 162 129, in Niedersachsen 159 514 und in Schleswig-Holstein 129 365). Das bedeutet, daß 36,4 v. H. der Arbeitslosen Heimatvertriebene sind, und daß 7,3 v. H. der heimatvertriebenen Bevölkerung arbeitslos sind, während dieser Teil der einheimischen Bevölkerung nur 2,7 v. H. erreicht. Dies Bild wirtschaftlicher Benachteiligung wird dadurch ergänzt, daß unter den Vertriebenen nur 10,4 v. H. der Berufstätigen selbständig sind oder als mithelfende Familienangehörige arbeiten können. Unter den Einheimischen sind es dagegen 26,3 v. H. Diese auf den Vertriebenen ruhende Last wird dadurch verdeutlicht, daß in ihrer Heimat im Reichsgebiet ostwärts der Oder-Neiße-Linie 35,18 v. H. und im Sudetenland 34,73 v. H. diese Stellung im Beruf einnahmen. Die Vertriebenen haben also mit ihrer Heimat eine soziale Gliederung verloren, die der westdeutschen weit überlegen war.

In offener Fürsorge müssen 542 231 Heimatvertriebene unterstützt werden, das sind 29,2 v. H. der Unterstützungsempfänger und 7,1 v. H. der vertriebenen Bevölkerung, während nur 3,3 v. H. der einheimischen Bevölkerung zu den in bar unterstützten Fürsorgeempfängern gehört. Daraus ergab sich für das Bundesgebiet im letzten Vierteljahr 1949 eine Belastung von 73 241 000 DM, das sind 32,4 v. H. der Gesamtaufwendungen für diesen Zweck und 1,87 v. H. des Steueraufkommens.

Mc Cloy und die Vertriebenen

Der hohe USA-Kommissar in Deutschland, Mc Cloy, nimmt an dem Schicksal und allen Fragen der Vertriebenen starken Anteil. Zu offiziellen Veranstaltungen werden auf seinen Wunsch hin stets berufene Sprecher der Vertriebenen eingeladen, mit denen er dann die Probleme eingehend diskutiert. Bei der Eröffnung des Amerika-Hauses in Hannover, an der Bundesminister Dr. Lukaschek teilnahm, besprach er mit diesem den Walter-Bericht und unterstrich nicht nur die Tragweite und den Ernst des Vertriebenen-Problems, sondern auch die Bereitwilligkeit, die amerikanische Mithilfe noch zu verstärken. Ein weiterer Beweis für sein persönliches Interesse an den Vertriebenen war die Einladung des Vorsitzenden des ZvD, Abg. Dr. Kather, zu einem Empfang, den Bad Homburg aus Anlaß des Geburtstages von Mr. Mc Cloy veranstaltete. Dr. Kather wurde dabei Gelegenheit gegeben, zu den Gästen zu sprechen. Er gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß die USA jetzt offiziell den deutschen Vertriebenen erhöhte Aufmerksamkeit schenken und — wie der Walter-Bericht zeigt — auch die Nöte und die Dringlichkeit der Abhilfe richtig erkannt haben. In diesem Zusammenhang bedauerte er, daß den Selbsthilfeaktionen der Vertriebenen unerträgliche bürokratische Widerstände entgegengesetzt würden, die die bisher vorbildliche Disziplin der Vertriebenen einer Zerreißprobe aussetzen. Mr. Mc Cloy, deren Hilfe für die Vertriebenen bekannt ist, nahm anschließend Gelegenheit, sich von Dr. Kather noch eingehend über die Notlage der Vertriebenen und besondere Schwierigkeiten unterrichten zu lassen.

Wandlung in der amerikanischen öffentlichen Meinung über Deutschland

New York. Das amerikanische Gallup-Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung hat in einer soeben durchgeführten Untersuchung eine grundsätzliche Wandlung der Haltung der amerikanischen Oeffentlichkeit zur Frage der amerikanischen Deutschlandpolitik festgestellt. Während in der Zeit kurz nach 1945 eine große Anzahl der Befragten die Meinung zum Ausdruck brachte, daß die amerikanische Besatzungspolitik nicht „streng" genug sei, sprachen sich jetzt 50 % für einen Aufbau der deutschen Industrie bis zur Höhe des Vorkriegsstandes aus. Für die Einbeziehung Deutschlands in den Atlantikpakt sprachen sich 44% der Befragten aus, während 26% dagegen waren. Bezüglich der Frage der Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht waren die Meinungen geteilt, doch befürworteten immerhin 34% eine solche Maßnahme, während 41% sich dagegen aussprachen. — Bei der Befragung stellte sich heraus, daß weite Teile der amerikanischen Oeffentlichkeit über die Lage in Deutschland uninformiert waren, wußten doch rund 15% nicht einmal die Namen der Besatzungsmächte zu nennen. Die Frage der deutschen unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden Gebiete und das Problem der Heimatvertriebenen wurde in der Untersuchung nicht behandelt.

Kredite für Existenzaufbau der Heimatvertriebenen

Bei den jeweils zuständigen Aemtern für Soforthilfe können ab sofort Anträge auf Gewährung der Aufbauhilfe gestellt werden. Es werden Kredite bis zur Höhe von 5000 DM gewährt, wenn der Antragsteller nachweist, daß er seinen Betrieb verloren oder erhebliche Betriebsschäden erlitten hat. Auch zur Errichtung neuer Betriebe der gewerblichen Wirtschaft und zur Gründung oder Festigung freiberuflicher Existenzen können Anträge gestellt werden.

Der Geschädigte muß in jedem Falle die fachliche Eignung besitzen. Kinderreiche und kriegsversehrte Geschädigte und auch diejenigen, die einen volkswirtschaftlich wichtigen Betrieb besitzen oder gründen wollen, werden bevorzugt berücksichtigt. Die Aufbauhilfe kann auch zur Erlangung oder Sicherung einer Teilhaberschaft bei einer Gesellschaft oder Genossenschaft gegeben werden, wobei allerdings besondere Sicherungsauflagen gemacht werden können. Die Aufbauhilfe darf aber nicht zur Abdeckung oder Verzinsung von Verpflichtungen verwandt werden.

Polnische Unsicherheit

Kürzlich fand in Warschau die erste Zusammenkunft der sogenannten „Arbeiter- und Bauernkorrespondenten" der polnischen Presse statt, an der der Premierminister, der Sejmmarschall und Vertreter der kommunistischen Partei teilnahmen. Es ist bemerkenswert, daß auch auf diesem Schulungstreffen die Frage der Oder-Neiße-Linie als noch nicht endgültig erledigt angesehen wurde, wurde doch in der Diskussion das Problem der „Friedensgrenze" von allen Seiten sehr lebhaft erörtert und darauf hingewiesen, daß durch vermehrte Propaganda der polnischen Oeffentlichkeit die Gewißheit gegeben werden müsse, daß bezüglich der „wiedererrungenen Westgebiete" keine weiteren Veränderungen zu erwarten seien. Aus diesen Diskussionen geht deutlich die auch von anderen Beobachtern immer wieder festgestellte Beunruhigung der in diesen Gebieten angesetzten polnischen Bevölkerung hervor, der nunmehr durch erhöhte Propaganda begegnet werden soll.

Der Lastenausgleich und Dr. Schäffer

Die erste Runde in der großen Auseinandersetzung um den Lastenausgleich ist vorüber. Die grundsätzliche Aussprache im Rahmen der Koalitionsparteien ist beendet, sie hat ihren Niederschlag in den sogenannten Unkeler Beschlüssen gefunden, die als Grundlage der Regierungsverhandlung am 31. Mai gedient haben.

In unserer letzten Nummer haben wir die Mitteilung gebracht, die der Abg. Kunze, Vorsitzender des Ausschusses für den Lastenausgleich des Bundestages gegeben hat. Diesen Angaben des Abg. Kunze folgten dann auf der gleichen Pressekonferenz Fragen von Seiten der anwesenden Pressevertreter, insbesondere an den Finanzminister Schäffer, aber auch an die Adresse von Dr. Lukaschek. Aus den Antworten von Minister Schäffer ging hervor, daß er sich auf die Unkeler Beschlüsse festgelegt hat. Minister Dr. Lukaschek erklärte auf eine direkte Frage, er stimme im allgemeinen den Ausführungen des Abg. Kunze und des Bundesfinanzministers auf dieser Pressekonferenz zu, über Einzelheiten müsse noch gesprochen werden.

Wenn man diese Ereignisse in die Sprache der harten Wirklichkeit übersetzt, so steht leider eines fest: Die Federführung sowohl für die Frage des Lastenausgleichs im allgemeinen, wie in der heute fast ebenso wichtigen Frage der Schadensfeststellung ist Bundesfinanzminister Dr. Schäffer übertragen worden. Das ist leider ein Umstand, mit dem wir Vertriebenen rechnen müssen, ein Umstand zugleich, der vielleicht einmal noch weitreichende Folgen nach sich ziehen wird. Und zwar von zwei Gesichtspunkten aus. Jeder, der mit der Gesetzgebung zu tun gehabt hat, weiß, daß der Federführung, das heißt der Vorbereitung eines Gesetzantrages und der ersten Formulierung derselben ein sehr großes Gewicht beizumessen ist. Denn wenn einmal ein Gesetzantrag vorliegt, der etwa bestimmten Interessen nicht entspricht, so ist fast mit Sicherheit damit zu rechnen, daß selbst bei einer wesentlichen Veränderung des Antrages im Laufe von Verhandlungen dieser doch schließlich eine Gestalt gewinnen wird, die den oben erwähnten Interessen nur zu einem gewissen Hundertsatz günstig sein wird. Oder mit anderen Worten: wer das erste Wort in einer Diskussion zu sprechen hat und die Möglichkeit hat, die Diskussionsgrundlage festzulegen, der hat unzweifelhaft schon einen großen Vorsprung für sich zu buchen. In der Frage des Lastenausgleichs ist also der Bock zum Gärtner gemacht worden. Der Mann, welcher nun bald $1^{3}/_{4}$ Jahre lang alles getan hat, um den Lastenausgleich zu zerreden, zu vernebeln, durch eine uferlose Diskussion kaum mehr faßbar zu machen, ausgerechnet dieser Mann hat das Recht erhalten, den ersten Vorschlag zum Lastenausgleich zu machen! Das ist für uns Vertriebene natürlich ein böses Zeichen, eine Tatsache, die zu ernsten Ueberlegungen Anlaß geben muß. Unsere Forderung in dieser Beziehung kann nur eine eindeutige und klare sein: **Die Vorbereitung des Gesetzantrages über den Lastenausgleich muß dem Finanzminister entzogen und einem anderen Ministerium, am besten dem Ministerium für Vertriebene, übertragen werden.**

Es wäre aber auch durchaus der Weg denkbar, daß ein Gesetzantrag über den Lastenausgleich vom Ausschuß für den Lastenausgleich des Bundestages ausgearbeitet und dann von der Regierung angenommen wird, so daß er schon mit Zustimmung der Regierung in den Bundestag eingebracht werden würde. Dieser Weg hätte den Vorteil, daß während der Verhandlungen im Ausschuß auch schon die Vertreter der Opposition im Bundestag in diese Verhandlungen eingeschaltet werden könnten. Das wäre schon deshalb erwünscht, weil das Gesetz über den Lastenausgleich einen so umfassenden und weitreichenden Charakter hat, daß es im Interesse unseres Volkes sicher am besten wäre, wenn es ein Gemeinschaftswerk aller Parteien des Bundesstaates darstellen würde.

Zu Beginn dieses Jahres haben insbesondere die Vertriebenen-Abgeordneten der Koalitionsparteien Ueberlegungen angestellt, die gerade in diese Richtung zeigen. Es ist schade, daß sie damals nicht zum Zuge gekommen sind. Es wäre für den Fortgang des Werkes sicher außerordentlich günstig, wenn diesen Gedanken entsprechend der Ausschuß für Lastenausgleich sich jetzt in stärkstem Maße einschalten und die Initiative zur Schaffung des Gesetzantrages in seine Hand nehmen würde.

Fest steht jedenfalls, daß die Federführung zur Schaffung des Gesetzes über den Lastenausgleich eben bei einer Person liegt, die in *keiner* Weise dazu berufen ist, diese Arbeit durchzuführen. Denn neben dem eben Erwähnten vergesse man eines nicht: Dr. Schäffer wird in weitesten Kreisen der Vertriebenen in seiner Handlungsweise dem Lastenausgleich gegenüber völlig abgelehnt. Die Forderung nach seinem Rücktritt ist nicht nur mehrfach in Versammlungen von Vertriebenen erhoben worden, sondern wird auch jetzt von der Presse der Vertriebenen vertreten. **Die Vertriebenen werden mit größtem Mißtrauen und mit ausgesprochener Ablehnung jeder Planung und jedem Gesetzantrag entgegentreten, der in der Frage des Lastenausgleichs vom Finanzminister ausgeht.** Der Lastenausgleich ist schon an sich ein heißes Eisen. In den Kreisen der Bundesregierung und der Koalitionsparteien sollte man sich darüber klar sein, daß man nicht unnütz Oel in dieses Feuer gießen soll. Der Diskussion und der Auseinandersetzung um den Lastenausgleich würde ein großer Teil der Schärfe, die ihr eben anhaftet und die deutlich noch im Steigen begriffen ist, genommen werden, wenn die Person von Dr. Schäffer aus dem Kreise derjenigen Kräfte verschwinden würde, die maßgeblich an der Gestaltung des Lastenausgleichs beteiligt sind. Darum rufen die Vertriebenen dem Finanzminister zu: **Hände weg vom Lastenausgleich, Dr. Schäffer! Sie würden ein gutes Werk tun, wenn Sie die wirkliche Lage erkennen und die Konsequenzen daraus ziehen würden!**

Die Unkeler Beschlüsse stellen Grundsätze dar, die in allgemeinen Formulierungen ihren Ausdruck gefunden haben. Jetzt kommt es darauf an, sie mit konkretem Inhalt zu füllen. Gerade in dieser Beziehung haben wir dem Finanzminister gegenüber die ernstesten Bedenken. Wir haben nicht nur einmal erlebt, wie die fraglos verhandene Begabung für Propaganda, gepaart mit einer fast winkeladvokatorischen Dialektik, den Finanzminister dazu befähigt, Behauptungen aufzustellen, um dann wieder zu erläutern, zurecht zu stellen, kurz ein begriffliches Feuerwerk zu entfesseln, das zudem mit unkontrollierbaren Zahlen illustriert ist, so daß sich zuletzt niemand mehr zurecht finden kann.

Wir sind überzeugt davon, daß der Finanzminister bei der Formulierung des Ge-

Um die Feststellung der Schäden

Bundesfinanzminister Dr. Schäffer will, das steht nun endgültig fest, die Feststellung der Schäden nicht auf Grund eines Gesetzes, sondern einer Verordnung vornehmen. Der Vorsitzende des Zentralverbandes vertriebener Deutscher, Dr. Kather, hat gegen diese Absicht Einspruch erhoben, während leider Minister Dr. Lukaschek sich auf den Standpunkt gestellt hat, es sei nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, ob man die Frage der Schadensfeststellung durch eine Verordnung oder durch ein Gesetz vornehmen lasse.

Es muß leider festgestellt werden, daß in einer für uns Vertriebenen sehr wichtigen Frage zumindesten ein taktisches Auseinandergehen zwischen dem Vertriebenenminister und den Verbänden der Vertriebenen eingetreten ist. Das ist bedauerlich, weil dadurch die Einheitsfront der Vertreter der Vertriebenen in Bonn geschwächt wird.

Die Zukunft wird uns zeigen, wer in dieser Beziehung Recht behalten wird. Wir fürchten, daß bei der bekannten Arbeitsmethode von Dr. Schäffer den Vertriebenen gegenüber daß Mißtrauen der Vertriebenenorganisationen seine Berechtigung erweisen wird. Eine Regierungsverordnung wird bekanntlich von der Bundesregierung ohne Kontrolle des Parlaments erlassen, und leider hat man Veranlassung anzunehmen, daß die Stellung des Bundesfinanzministers innerhalb der Bundesregierung stärker ist, als die des Ministers für Vertriebene. **Wir hoffen und erwarten daher, daß jetzt noch, so bald wie möglich, von den Vertriebenen-Abgeordneten im Parlament ein Gesetzantrag zur Feststellung der Schäden eingebracht werden wird.**

Warum kommt der Frage der Schadensfeststellung eine so große Bedeutung zu? Erstens deshalb, weil diese Angelegenheit moralisch für die Vertriebenen eine ganz besondere Bedeutung gewinnt. Liegt einmal eine klare Feststellung der Schäden, die jeder einzelne von uns erlitten hat, vor, so wird uns dann niemand mehr vorwerfen können, wir seien hergelaufene Habenichtse, die wohl viel von ihrer heimatlichen Arbeit, von ihrem Vermögen usw. erzählen könnten, aber doch keinerlei Beweise dafür besäßen.

Ueber dieses rein Persönliche hinweg ist aber die Schadensfeststellung deswegen besonders bedeutungsvoll, weil ja in derselben die Organisationen der Vertriebenen mitarbeiten sollen. Versuche in dieser Richtung sind schon mehrfach gemacht worden, aus dem Gedanken der Selbsthilfe und Selbstverwaltung heraus. Hochinteressant ist z. B. ein Versuch, der in einigen Kreisen Schleswig-Holsteins unternommen worden ist und bei dem sich die Kosten auf etwas über eine DM für die Feststellung des Schadens für eine Einzelperson belaufen haben. Auch innerhalb von kleineren Landsmannschaften sind solche Feststellungen unter einem verhältnismäßig sehr geringen Aufwand von Mitteln vorgenommen worden. Also es geht, wenn man will! **Und darum müssen und sollen die Vertreter der Vertriebenen mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß eine wirkliche Feststellung der Schäden unter stärkster Einschaltung der Landsmannschaften vorgenommen wird.**

setzantrages zum Lastenausgleich die Unkeler Beschlüsse in seinem Sinne auslegen wird. Mit dem unschuldigsten Gesicht der Welt wird er versuchen, seine Gedanken und seine Pläne hinsichtlich des Lastenausgleichs im Gesetzantrag zu verankern, um zugleich zu erklären, sie entsprächen völlig den Beschlüssen und Grundsätzen von Unkeln.

Es ist daher schärfste Aufmerksamkeit im Hinblick auf das künftige Gesetz notwendig. Wenn es aus der Hand des Finanzministers auf den Tisch der Bundesregierung gelangen wird, wird es, dessen sind wir überzeugt, für uns Vertriebene unzählige Fußangeln enthalten. **Es wird gespickt sein mit Unklarheiten und dehnbaren Begriffen, die dann später vom Finanzminister durch Verordnungen in seinem Sinne umgedeutet werden können.**

Wir kennen die Methoden des Finanzministers aus der Entwicklung einer anderen Angelegenheit, die die Vertriebenen angeht, sehr genau, nämlich aus dem Verlauf, den die kommende Verordnung über die Pensionen der ostvertriebenen Beamten usw. genommen hat: Es geht nicht vorwärts! Und wenn heute der Bundesfinanzminister anscheinend den Lastenausgleich vorwärts treibt, so können wir sicher sein, daß er genau die entgegengesetzte Taktik verfolgen wird, wenn ihm rechtzeitig auf die Finger geklopft wird.

Daß von seiten der Heimatvertriebenen den Plänen des Bundesfinanzministers gegenüber wirklich größtes Mißtrauen am Platze ist, kann noch besonders dadurch begründet werden, daß kürzlich in Bonn einige Einzelheiten über die wirklichen Absichten des Bundesfinanzministeriums im Hinblick auf den Lastenausgleich bekannt geworden sind. **U. a. wird berichtet, daß von einer wirklich individuellen Entschädigung, d. h. Auskehrung einer bestimmten Summe, entsprechend der früheren Vermögenslage, an einzelne Personen, überhaupt nicht die Rede sein soll. Die Summen aus dem sogenannten Lastenausgleich sollen vielmehr über die Länder für allgemeine Unternehmungen, wie Wohnungsbau usw. verausgabt werden, wobei Vertriebene zur Durchführung dieser Aufgaben hinzugezogen werden sollen! Und das soll der Lastenausgleich sein!** Man plant unabhängig von der Höhe der früheren Vermögen, durch eine sogenannte soziale Staffelung im Großteil der Fälle diese sogenannte Entschädigung auf etwa 5000 DM zu beschränken!

Wie weit diese Planungen und Gedanken im neuen Projekt Ausdruck finden werden, kann heute niemand sagen. Aber wir wiederholen noch einmal: es ist größte Vorsicht am Platze! Unsere Vertreter in Bonn müssen bereit sein, in schärfster und unnachgiebigster Form sofort gegen jeden Versuch des Finanzministers zu Felde zu ziehen, einen Lastenausgleich durchzuführen, der nur als ein Hohn auf denselben und als eine Verhöhnung der Vertriebenen empfunden werden kann.

Was vom NWDR gesendet wird . . .

„Ostpreußen und Oberschlesien dürften für Deutschland endgültig verloren sein"

Unmittelbar bei Redaktionsschluß erhalten wir Material über die geradezu verantwortungslose Einstellung, die einzelne Stellen des Nordwestdeutschen Rundfunks zu der Frage der geraubten deutschen Ostgebiete einnehmen. Es handelt sich nämlich um nichts mehr und nichts weniger, als daß in einer Sendung des Nordwestdeutschen Rundfunks erklärt wird, Ostpreußen und Oberschlesien seien für Deutschland endgültig verloren.

In diesem Zusammenhang noch eine zweite Tatsache. Herr von Flottwell hatte an den Nordwestdeutschen Rundfunk einen Brief geschrieben in dem er, wie uns mitgeteilt wird — der Brief selbst liegt uns nicht vor — sich über die ungenügende Berücksichtigung der in Hamburg stattgefundenen Ostdeutschen Heimatwoche durch den Nordwestdeutschen Rundfunk beschwerte. Darauf erhielt er von der Politischen Redaktion des Nordwestdeutschen Rundfunks das folgende Schreiben:

Nordwestdeutscher Rundfunk
Politische Redaktion
wb/wa

Hamburg, den 19. 5. 1950.

Sehr geehrter Herr v. Flottwell!

Nach meiner Meinung, die nicht die Ihre sein muß, ist es sehr viel instinktloser und anmaßend, zu diesem Zeitpunkt überhaupt von einer Rückkehr in die Heimat zu sprechen. Sie wissen, daß wir nur dann auf internationale Hilfe rechnen können, auf die unsere Bundesregierung bei der Lösung des Vertriebenen-Problems so sehr angewiesen ist, wenn wir in diesen Tagen den Mut haben, die Dinge nüchtern und sachlich zu betrachten. Wenn Sie die Reden des Herrn Bundesflüchtlingsministers aufmerksam verfolgen, dann müssen Sie zugeben, daß auch hier immer wieder zuerst von der Eingliederung der Vertriebenen in den westdeutschen Lebensraum gesprochen wird, von der gemeinsamen Arbeit zum Wiederaufbau Westdeutschlands, der dann sehr viel später, wenn sich unsere internationale Position entsprechend gestärkt hat, der Anspruch auf Rückgabe der abgetrennten Gebiete folgen kann. Der Bundesregierung sind keine unerbetenen Ratschläge erteilt worden. Im Gegenteil, sie wird jede Tendenz unterstützen müssen, die sich darum bemüht, die heikelste Aufgabe unserer künftigen Außenpolitik nicht durch Spruchbänder und Massenkundgebungen mit kaum zu verantwortenden Reden gefährden zu lassen.

Hochachtungsvoll
gez. Werner Baecker.

Die Politische Redaktion des Nordwestdeutschen Rundfunks hält es also für instinktlos und anmaßend, wenn wir Heimatvertriebenen es überhaupt wagen, jetzt von einer Rückkehr in die Heimat zu sprechen. Sie meint, erst viel später könnte der Anspruch auf Rückgabe der abgetretenen Gebiete erhoben werden. Der Beraubte soll also fein stille sein ...... Welch ein Geist aber bei einzelnen anscheinend doch maßgebenden Persönlichkeiten des NWDR herrscht, dafür ist der beste Beweis eine Sendung, deren Wortlaut wir hier folgen lassen:

NWDR Berlin/So. fs. Nr. 47/6. 6.6.50 12.55 Uhr
An: Wirtschaftsfunk Hamburg

Frau Kohrs

Von: Wirtschaftsfunk Bln.-Krutina.

Eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Die wirtschaftliche Integration Westeuropas scheint jetzt mit dem Schumann-Plan in greifbare Nähe zu rücken und damit den Weg zu einer europäischen Gemeinschaft zu eröffnen, in der Grenzen keinerlei Rolle mehr spielen werden. Wenn es erst einmal erreicht ist, daß sich der einzelne Europäer und die europäischen Waren frei und ohne Grenzen von Land zu Land bewegen können, dürfte auch hier der Streit um den Verlauf von Grenzen sinnlos geworden sein, denn dann wird Westeuropa gemeinsam die vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte und Kapazitäten im Rahmen einer gemeinsamen Volkswirtschaft ausnützen.

Während sich also im Westen Europas eine Konzeption gemeinschaftlicher Zusammenarbeit auf breitester Grundlage anbahnt, schließt sich der Osten Europas unter dem stärker von Westeuropa ab, um hier einen wirtschaftlichen und politischen Großraumblock zu bilden, der als Gegengewicht gegen Europa gedacht ist. Aus diesem Grunde scheint uns nicht nur die Frage der Wiedervereinigung der Sowjetzone mit dem übrigen Deutschland von äußerster Wichtigkeit zu sein, sondern auch die Frage der Grenzziehung gegenüber dem polnischen Staat. So hat die Meldung, daß Polen beabsichtige, die von der Regierung in Warschau verwalteten deutschen Ostgebiete in drei Provinzen einzuteilen, um damit ein fait à compli zu schaffen, berechtigtes Aufsehen erregt, denn nicht nur vom politischen, sondern auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus — vom menschlichen im Hinblick auf die Ostvertriebenen gar nicht zu sprechen — sind diese Gebiete von Bedeutung für Deutschland, insbesondere für eine gesamtdeutsche Volkswirtschaft.

Dabei muß man sich jedoch darüber klar sein, daß hier nur an die Gebiete jenseits der Oder und Neiße in den Grenzen von 1937 ohne Ostpreußen und Oberschlesien gedacht werden kann, denn diese beiden Gebiete dürften für Deutschland endgültig verloren sein, da sich wohl auch bei den Westalliierten niemand finden wird, der seine Stimme für eine Rückkehr dieser Gebiete erhebt.

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Gebiete jenseits Oder und Neiße liegt in erster Linie in ihrer landwirtschaftlichen Produktion. Die Ueberschüsse dieser Gebiete haben es Deutschland vor dem Kriege ermöglicht, den Import von Nahrungsmitteln verhältnismäßig niedrig zu halten, so daß sich Deutschland immerhin zu 82 % selbst versorgen konnte, der Einfuhrbedarf also um rund 18 % betrug. Durch den Verlust der besetzten Ostgebiete ist dieser Selbstversorgungsgrad auf 62 % herabgedrückt worden. Nach einer amerikanischen Berechnung würde der Selbstversorgungsgrad Gesamtdeutschlands durch die Rückkehr der Ostgebiete ohne Oberschlesien und Ostpreußen auf rund 75 % erhöht werden können, was eine Einsparung von etwa einer Milliarde importierter Lebensmittel bedeuten würde. Darüber hinaus stellten diese Gebiete wichtige Absatzmärkte für die Industrie — insbesondere für die Berliner Industrie — dar. Während die Ostgebiete also für Deutschland eine wichtige wirtschaftliche Ergänzung darstellen, sind sie für Polen, das sowieso vorwiegend landwirtschaftlich ist, nur von untergeordneter Bedeutung und dienen praktisch nur als Zugang zur Ostsee. Dafür ist aber alles getan worden, um diese Gebiete politisch mit den Ideen Moskaus zu durch-

Fortsetzung auf Seite 192

Johanni — Zeit der hellen Nächte

Wintersonnenwende — Sommersonnenwende: beides tiefe Einschnitte im Ablauf des Jahres. Dort die dunkelste Zeit, in der sich das Menschenherz ganz auf sich selber zurückzieht, ganz nach innen. Hier aber die hellste Zeit, ein Höhepunkt des Blühens und Reifens. Wie von einem Rausch erfaßt, drängt der Mensch hinaus in die Weite, in die Felder und Fluren. Was bedeutet eine Stube, ein Wohnhaus in diesen Tagen? Räume können den Menschen nicht halten, er will sich mit einordnen in das große Geschehen dort draußen.

Seit Jahrhunderten ist die Sommersonnenwende mit dem Geburtstage Johannes des Täufers verbunden. Johanni! Aber es ist doch ein echtes Naturfest über den biblisch-historischen Namen hinaus. Etwas Geheimnisvolles webt und wittert durch Feld und Flur und durch die ganze bräutliche Natur dieser gesegneten Zeit.

In Ostpreußen hatten wir es im Winter sehr dunkel und im Sommer sehr hell. Diese starken Gegensätze unterstrichen die Bedeutung der Sonnenwende. Und Johanni — das war hell! Die hellen nordischen Nächte flammten am Himmel unserer Heimat, die Sonne wollte wohl gar nicht mehr untergehen, und wenn sie selbst auch für kurze Zeit verschwand, ihr Leuchten blieb und lagerte sich in einer feinen Dämmerung über das Land, über Ströme und Haffe, über die Spiegelweite des Meeres. Ja, auf dem Wasserspiegel schien sich der Glanz der Sonne bis zum Wiederbeginn des neuen Tages erhalten zu wollen. Ein mattes Strahlen lag wie eine zarte Erinnerung an die Schönheit des Junitages nachtüber auf der Fläche der ostpreußischen Wasser und ließ die Mummelblätter und Seerosen, die Kala und das Schilf wie hauchfeine Konturen auch noch um Mitternacht erscheinen.

Johanninacht! Hell und warm, voller Duft, voller einschmeichelnder Lust und Behaglichkeit, wie es nur das sichere Ruhen im Schoße der Heimat erzeugen kann, so stehen die vielen Johanninächte, die wir dort oben an Haff und See erleben durften, in unserer Erinnerung. Aus den Gärten duftete es voll und betäubend. Der kurze Frühling Ostpreußens drängte alles Blühen auf einen kurzen Zeitraum zusammen. Darum wirkte er so überwältigend, so rauschhaft und so unvergeßlich.

Die Bauerngärten blühen. An den Zäunen duftet der Jasmin, und in der hellen Johanninacht sieht es aus, als wären tausend Schmetterlinge plötzlich auf ihrem Fluge erstarrt. Auch der Schneeball blüht und zeigt seine weißen Köpfe wie leuchtende Signale in der Nacht. Die Rosen beginnen sich zu öffnen, der Rotdorn blüht und die Heckenrose verschönt einsame Wege und Raine. Der Holunder und der Faulbaum streuen ihren zarten Duft in die Nacht. Die Nachtigallen schlagen unermüdlich in den Büschen. Der Leute behaupten, es wären „nur" Sprosser gewesen, aber für uns waren es eben Nachtigallen, und schöner konnten sie gar nicht singen. Auch die Frösche in den Teichen hatten es uns angetan. Auf dem Dach durchträumte der Storch die kurze Dämmerung. Er gehört zum Bilde der Johanninacht. Auch die weidenden Kühe auf den Wiesen, in den Roßgärten, und die Pferde gehörten dazu.

Und dann noch eine Erinnerung für die Feinschmecker. Um diese Zeit gab es die ersten richtigen Sommeraale, geräucherte Flundern, gezuckerte Erdbeeren, Glums mit Schmand, dicke Milch.

Aber die Johanninacht ist nicht eine Nacht wie andere. Freilich, die alten Sitten und Gebräuche, wie sie in früheren Jahrhunderten vielleicht ausgeprägter in Erscheinung getreten sind, die waren zu unserer Zeit schon langsam am Absterben. Da Ostpreußen von allen deutschen Stämmen besiedelt worden ist, so hatten wir auch kultische Erinnerungen aus allen deutschen Landschaften bei uns.

Vor allem das Sonnwendfeuer.. Die Jugend hatte ein Teerfaß in Brand gesteckt und brachte damit das Dorf in Wallung. Sogar die Alten kamen langsam herausgepilgert, auf den Acker, oder an den Strom und sahen dem lustigen Treiben der Jugend zu. Kinder schleppten Holz herbei, denn das Feuer sollte recht lange und haushoch lodern. Der Rauch hatte heilende Kräfte für Mensch, Tier und Acker. Die Jungen sprangen herüber und hinüber, holten sich Beifall. Liebespärchen versuchten es gemeinsam. Wenn so ein Sprung über die Flamme gelang, warum sollte er denn nicht ins volle Menschenleben hinein und gemeinsam gelingen? Es wurde auch getanzt, gesungen, es wurden Reigen aufgeführt und Feuersprüche gesprochen. Ehe man sich versah, war ein kleines dörfliches Fest daraus geworden.

In den Städten machten die Gastwirte ihr Johannisfeuer und verbanden dabei das Angenehme mit dem Geschäftlichen. Ausflüge waren sehr beliebt. Im nördlichen Ostpreußen fuhr man zu Johanni beispielsweise gern auf die Kurische Nehrung, nach Nidden und Schwarzort.

Blühendes Farnkraut suchen gehen, — das war eine schwere Aufgabe für junge Mädchen. Wer es fand, der fand auch bald einen Geliebten und hatte Glück für ein ganzes Leben. Und wer wollte das nicht? Aber — blüht Farnkraut überhaupt? Das Johanniskraut und der Beifuß sind magische Kräuter, die man gleichfalls in der Johanninacht suchen sollte.

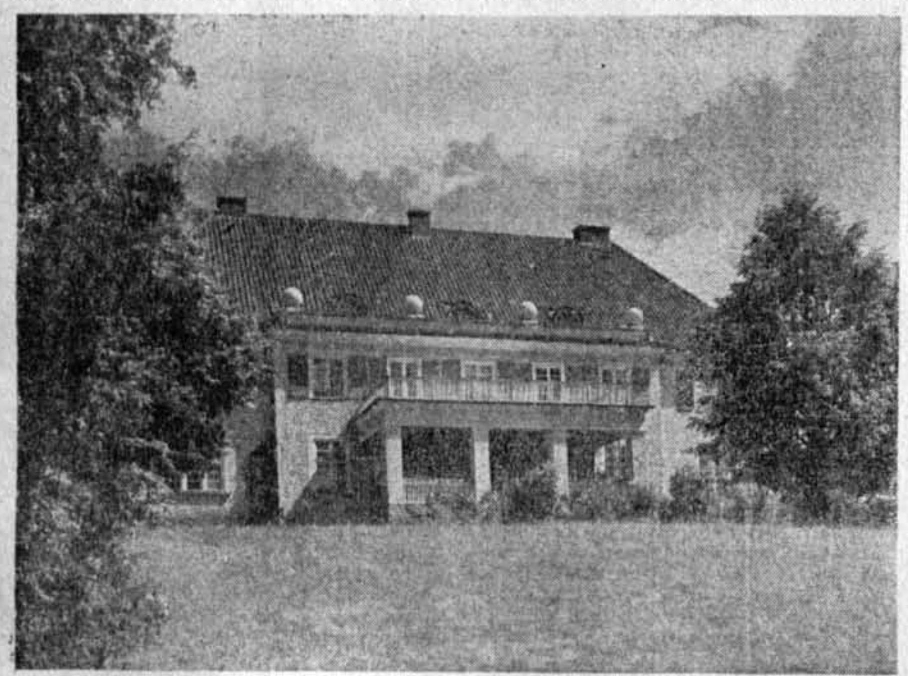
Und dann das Heu! Wie duftete es um die Johanninacht und wie bestimmte es mit seinem Geruch jene Tage! In den Niederungen des Memelstromes, am Haff, im Pregeltal, am Frischen Haff und überall sonst da, wo das Land tief lag. Um Johanni zogen die Bauern von der Höhe in die Wiesen hinein, um das Heu zu ernten. Knechte und Mägde, Bauernsöhne und Bauerntöchter feierten die Johanninacht bei Gesang und Tanz. Eine Schifferorgel ertönte, und die Wagenlaternen waren die Lampions, bis ein früher Morgen wieder zur Arbeit rief, die aber in diesen gesegneten Tagen mehr Lust als Anstrengung bedeutete. Bei der Nachhausefahrt, wenn der hochbeladene Heuwagen durch die stillen Dörfer schwankte und der Junimond schien, konnte man dann schlafen, wenn die Nacht nicht zu lau war und man lieber offenen Auges in die heimatliche Landschaft hineinträumen wollte.

Die Heuhaufen waren überall ein beliebtes Wanderziel in der Johanninacht. Dort auf dem Rücken zu liegen und den Sternhimmel der Mittsommernacht zu beobachten, das war etwas Feierliches.

Daß Liebespärchen in den Dörfern und den kleinen Städten sich gern die Heuhaufen zu einem Schäferstündchen aussuchten, ist wohl nicht allein eine Sitte der Johanninacht. Aber gerade in dieser Nacht wurden sie oft unliebsam von herumstreunenden Halbwüchsigen gestört, die sich einen Spaß daraus machten, sie „aufzulauern und aufzuschichern." Ein paar derbe Späße muß man in einem bäuerlichen Lande eben gut vertragen, auch in den zartbesaiteten Stunden der Verliebtheit.

Die Bauern richteten sich bei verschiedenen Landarbeiten sehr nach Johanni. Dieses muß vor Johanni fertig sein, und jenes durfte erst nach Johanni in Angriff genommen werden. Das war in manchen Gegenden ungeschriebenes bäuerliches Gesetz.

So schwand die Johanninacht. Für die Jungen mit Gesang und Tanz, für die Alten mit Nachdenklichkeit. Aber für alle nur kurz, wie ein tiefes Atemholen der Natur, die sich vom Rausch des Blühens und Verschwendens nun mählich der Reife zuwandte. Em.



Das Gutshaus Zöpel im Oberland

Es stellt ein schönes Beispiel eines modernen ostpreußischen Gutshauses dar. Der Entwurf stammt von Architekt Prof. Kurt Frick, Königsberg.

Sommersonnenwende auf dem Galtgarben

Er war keiner unter den großen Bergen, aber im Samland überragte er weithin sichtbar die anderen Höhen und stand mitten in der Landschaft als ihr großer Gebietiger: der Galtgarben-Schädel mit seinem Bismarckturm. Von Marienhof her zogen von Norden die Hügelwellen des „Alk-Gebirges" idyllisch auf ihn zu, von Medenau streckte sich im Süden ihm dunkler die „Hölle" entgegen. Hügel und „Hölle" und die breiten Hänge des Galtgarbens selber bis zum Gipfel hinauf grünten im Sommer reich und voll von dem Laub ihrer Wälder. Wer den Turm bestieg, gewann von seinen Zinnen einen großartigen Umblick, der ihn frei in die Weite führte: über helle Wiesen und reifende Felder, über Wege und Dörfer zu den Küsten im Norden und im Westen des Samlands und hinaus auf die schimmernde Ferne des Meeres, zu der im Dunst schon verschwimmenden Fläche des Haffes im Süden, zu den Türmen von Königsberg und im Osten in den langgebreiteten Wald der Fritzener Forst hinein. Der hohe Himmel unserer Heimat überspannte diese Landschaft der Saat und der Ernte, dieses alte Prussenland, mit seinem segnenden Licht.

An alte Zeit und langen Bestand erinnerte uns viel um den Galtgarben her. Seine Wälle und Gräben verrieten ihn als Fliehburg des Prussenvolkes, das sich hier im Samland, wie uns die zuständigen Forscher wissen lassen, in dem körperlichen Typ, in charakteristischen Zügen rein bis in unsere Tage erhielt. Wir sahn von diesem Berge nach Palmnicken hinüber, nach dem Ort, an dem aus der blauen Erde im Tagebau der uralte Bernstein gelöst wurde. Wir fanden bei Rudau das Feld der Schlacht, in der die Deutschen Ritter in den Tagen der Hochblüte ihres Ordensstaates den Ansturm der Litauer für Jahrzehnte brachen, in der ein Hans von Sagan die Fahne zum Siege trug, in der der Ordensmarschall Henning Schindekop die Wunde empfing, an der er auf dem Heimweg nach Königsberg starb. Wir verloren uns in Gedanken gewiß auch in Bilder, in denen wir die Boote der Wikinger sahen, die über See an die Küsten dieses Landes kamen. Doch dies alles war Vergangenheit. Es grünte und reifte rings um uns her. Es war Sommer, die Zeit, in der Erfüllung uns wurde.

Der Galtgarben sprach uns mit geheimem Zauber an. Schneeschuhfahrer, die im Winter zu ihm zogen, spürten ihn kaum. Doch in den grünen Tagen, wenn der Wald mit seinen vollen Wipfeln ihn umrauschte, wurde er mächtig. Und es war, als ob der Geist versunkener Zeiten hier noch einmal aufstand, daß wir nah ihn fühlten. Sein hoher Tag war der Junitag der Sommersonnenwende. Dann fuhren und wanderten in vielen Jahren Scharen von jung und alt zu ihm hin. Dann sammelten sie sich auf der großen Wiese zu den Füßen des Gipfels zu Spiel und Tanz.

Wenn die Dämmerung sank, ein leiser Schleier, der in diesen Tagen in unserer Heimat hell und weiß blieb durch die ganze Nacht, ordnete sich der lange Zug, der kurz vor der Mitternacht den Anstieg begann. Auf dem Platz vor dem Turme, zwischen alten, schweren, grünen Wipfeln, brannte ein großer, hoher Stoß von Reisern auf. Es wurden Sprüche gesprochen und Lieder gesungen. Und die Flamme stieg an und ihr lohender Schein leuchtete weit in das Land hinaus. Von den Zinnen des Turmes grüßten Feuer. Wir haben sie gesehn bis zum Wachbudenberg, der sein Haupt bei dem Fischerdorf Klein-Kuhren erhob. Sie winkten herüber bis zum Adalbert-Kreuz auf der Heide bei Tenkitten. Und es wehte uns mitten im 20. Jahrhundert ein Hauch aus dunkler Ferne an, ein Raunen aus der Tiefe einer unbezwungenen Erde, und wir blickten durch die hohe, helle Nacht, und es war uns, als führen durch sie die Götter der alten Prussen mit ihren Bernsteinkronen hin.

Wir denken heute bewegt an jene Feuer zurück, an den Berg, auf dem sich einmal, vor mehr als 120 Jahren, die Studenten aus Königsberg mit anderen jungen Männern des Landes zusammenfanden, um in ernster Feier der Befreiung zu gedenken, die sie und ihre Väter gegen Napoleon errangen, für sich und, wie sie glaubten, für die Zukunft dieses Landes und derer, die nach ihnen hier säen und ernten sollten.

Drei Ostpreußen begegnen sich . . .

Ganz von weitem hörte ich Stimmen, die mir bekannt vorkamen, aber ich konnte nicht darauf kommen, wer es sein könnte, der dort sprach. Die Stimmen verschwanden. Dann fing ich wieder einige Gesprächsfetzen auf: „Und so kalt auf dem offenen Lastwagen und die Russen schon ganz dicht am Stadtrand!"

War das nicht schon lange her, oder erlebte ich es jetzt erst? Es fiel mir ungeheuer schwer, meine Gedanken zusammenzufassen. Wenn ich meinte, ich hätte den Faden zu dem Gespräch gefunden, das ganz in meiner Nähe geführt wurde, hatte ich schon wieder den Zusammenhang verloren. Ich hatte das Gefühl, meine Augenlider wären gegen Bleideckel ausgetauscht worden und meine Beine spürte ich überhaupt nicht.

Stand ich noch auf dem Bahnsteig in Königsberg und wartete auf den Zug, der erst hereinkommen sollte, um uns in Sicherheit zu bringen? Oder lag ich auf der harten Bank des Bahnhofsbunkers in Stettin?

Irgendwie mußte ich das Gewicht von meinen Augen bekommen. Mit aller Gewalt riß ich sie auf. Ich lag in einem Bett, und die Sonne schien auf die Wand, an der es stand. Richtig, ich war im Krankenhaus und kämpfte noch mit den Nachwirkungen der Narkose. Hatte ich die Bruchstücke der Gespräche nun wirklich gehört oder nur geträumt? Mühsam drehte ich meinen Kopf auf die andere Seite. In dem zweiten Bett, das in dem freundlichen, sonnigen Krankenzimmer stand, lag eine junge blonde Frau, die mich sogleich fragte, wie es mir ginge und ob ich mich schon wieder wohl fühle.

Ja, das war eine der Stimmen, die ich gehört hatte, als ich wieder zu mir kam. Und jetzt wußte ich auch, warum sie mir so bekannt vorgekommen war. Nicht die Stimme selbst kannte ich, aber der Klang war mir vertraut. Es war der leichte Anklang der ostpreußischen Mundart, der in mir das Gefühl des Bekanntseins aufkommen ließ.

Die Besitzerin der zweiten Stimme war nicht zu sehen. Nur die Schwester kam jetzt ins Zimmer, legte mir die Kissen zurecht, und ich schlief wieder.

Als ich danach aufwachte, war mein Kopf wieder klar, und ich konnte mit vollem Bewußtsein meine Umgebung und meine Zimmergefährtin in Augenschein nehmen. Und nun erfuhr ich, daß die zweite Stimme einer jungen Schwesternhelferin gehörte, die an meinem Bett gesessen hatte, bis ich aus der Narkose erwacht war. Beide waren Ostpreußen, beide Vertriebene wie ich. Meine Zimmergefährtin stammte aus dem Kreise Pr. Eylau. Sie war es, die davon erzählt hatte, daß sie auf einem offenen Lastwagen von Pr. Eylau Richtung Pommern in der größten Kälte geflohen war. Die junge Schwesternhelferin stammte aus dem Kreise Gerdauen. Ihr Fluchtweg war noch mühseliger gewesen.

War es nicht ein eigenartiger Zufall, der uns drei an einem Tag in das gleiche Krankenhaus, in das gleiche Krankenzimmer führte?

Nichts besonderes, wenn es in Schleswig-Holstein, in Westfalen oder in Bayern gewesen wäre, aber wir trafen in einem Krankenzimmer zusammen, das tausende von Kilometern von Deutschland entfernt war, in Südwest-Afrika!

Die Tage vergingen wie in jedem Krankenhaus. Die deutschen katholischen Schwestern, die schon jahrelang im Lande waren, verabreichten die Medikamente und Spritzen. Junge deutsche Schwesternhelferinnen, Farmerstöchter, brachten uns das Essen, machten die Betten, legten das Fieberthermometer auf den Nachttisch. Der deutsche Arzt, der uns behandelte, verfolgte bei seinen täglichen Visiten die Fortschritte unserer Genesung.

Es war heiß. Die Sonne strahlte Tag für Tag vom Himmel. Am frühen Nachmittag setzte meistens der Regen ein, aber bald danach lachte wieder die Sonne. Blütenzweige schlugen an unser Fenster und lockten mit ihrer vielfarbigen Pracht.

Abends jedoch sprachen wir oft noch lange über das, was wir erlebt hatten. Wieder standen wir in eisigem Schneesturm, dicht umdrängt von Menschen, die wie wir nur den einzigen Wunsch hatten, noch rechtzeitig wegzukommen, bevor die Lawine aus dem Osten uns überrollte. Wir hörten das Weinen der Kinder und das Rufen der Mütter. Wir sahen bei unserer Flucht nach Westen die kleinen ostpreußischen Dörfer und Städte zum letzten Mal an uns vorbeifliegen.

Genau fünf Jahre waren inzwischen darüber vergangen, aber alles stand noch so lebendig vor unseren Augen, als seien wir immer noch mitten drin. Die Schwesternhelferin war noch ein Kind, als sie die Heimat verlassen mußte, meine Bettnachbarin ein junges Mädchen, und ich hatte schon meinen Jungen an der Hand, als wir den Weg nach Westen einschlugen, der uns erst in Deutschland von einem Zufluchtsort zum anderen führte und schließlich in Afrika endete.

Drei Ostpreußen, drei Schicksale, jedes anders und doch so gleich.

Gertrud Uszkurat, Otjikondo (S.W. Africa).

Johann Sebastian Bach als — polnischer Komponist . . .

Anläßlich des Bachjahres sind in der polnischen Presse häufig Artikel über Leben und Werk dieses Meisters der Kirchenmusik zu finden. Wie zu vermuten, wurde dabei auch der Versuch gemacht, Bach soweit irgend möglich für Polen in Anspruch zu nehmen. Dies geschieht beispielsweise in der „Rzeczpospolita" in der Weise, daß mit Betonung hervorgehoben wird, Bach sei „königlich-polnischer Hofkomponist" gewesen, wobei man allerdings nicht besonders erwähnt, daß es der Kurfürst von Sachsen war, der damals polnischer König war.

Ein Adler grüsste uns

Am 17. August 1939 wurde ich in Bienertwiese bei Alt-Christburg zum Kriegsdienst eingekleidet. Am 17. August 1946 durchschritt ich das Tor des russischen Gefangenenlagers 184 zur Entlassungsfahrt nach Westdeutschland. Auf einer einsamen Bahnstation zwischen Wilna und Kowno entschied es sich an einem Nachmittag, ob wir über Wilna und Warschau fahren würden oder über Kowno und dann durch Ostpreußen. Sollte ich mir das letztere wünschen und noch einmal meine ostpreußische Heimat wiedersehen? Voller Spannung sahen wir dem Augenblick entgegen, in dem sich die Maschine vor den Zug legte. Es hing ja nicht nur diese eine Entscheidung davon ab. Bei einer Fahrt über Wilna drohte uns eine Nachuntersuchung. Die Maschine kam und zog uns nach Kowno. Es ging also durch Ostpreußen, und unser Herz war voll Bangigkeit. Stumm hockten wir auf dem Kownoer Bahnhof in der Abenddämmerung in unsern Waggons, deren Türen nun weit geöffnet waren. Der russische Kapitän ging von Wagen zu Wagen und hieß uns singen und lustig sein. Das sei keine Stimmung von Heimkehrern. Einige sangen jetzt. Danach fuhren wir die Nacht hindurch und hielten gegen Mittag in Insterburg auf dem Personenbahnsteig. Hier endete die Breitspur, und zunächst waren keine Normalspurwagen für uns da. So sahen wir dem Leben und Treiben auf dem Bahnhof zu. Schon eineinhalb Jahre lang rollte ein Zug nach dem anderen mit demontierten Fabrikeinrichtungen hier an. Gefangene Kameraden bedienten mehrere Kräne, die die in riesige Kisten verpackten Maschinenteile auf die russischen Wagen luden. Um die Vesperzeit gab man uns einen Zug. Wir bauten die Liegegestelle um. Obwohl wir 1100 Mann nur eine Säge zur Verfügung hatten, waren wir bis zum Abend damit fertig und schliefen den Schlaf, den wir immer zur Verfügung hatten, wenn es gut war, über nichts mehr nachzudenken. Als an einem wolkenlosen Tag die Sonne aufging, verließ unser Zug den Insterburger Bahnhof. Jetzt kam das Ostpreußen, das ich genauestens kannte.

An den Bahnhöfen bis Gerdauen standen noch immer die landwirtschaftlichen Maschinen, die zum Abtransport zusammengefahren waren. Sie bedeckten weite Flächen. Beifuß, Wermut, Disteln und anderes Unkraut wuchsen zwischen ihnen so hoch, daß kleinere Maschinen darin untertauchten. Der Bahnhof Gerdauen war der letzte, dessen Name in russischen Buchstaben geschrieben war. Hier mußten wir auf dem Bahnsteig antreten, denn die Grenz-GPU verlas unsere Namen und durchsuchte noch einmal unsern Zug, ehe wir in das polnisch verwaltete Gebiet hinüberwechselten. Zur Verlesung traten wir auf dem Bahnsteig an. Das wiederholte sich noch einmal. Ich stand etwa eine Stunde dort, bis endlich auch mein Name gerufen wurde. Gewiß hatte ich sehr darauf aufpassen müssen, und ich bin auch wie alle anderen in einer ziemlich großen Sorge gewesen, ob die Liste in der Hand des Russen wohl auch meinen Namen enthalten würde. Das ganz gewiß. Aber außerdem machte mir dieser Bahnsteig viel zu schaffen. Wir haben einige junge, glückliche Jahre in dem Forsthaus Nordenort gewohnt, das in der Marschallsheide südlich von Nordenburg lag. Wenn wir mit unserm kleinen Kind, das nun auch nicht mehr lebt, zu unsern Eltern reisten, dann stiegen wir in Gerdauen um. Und wir trafen uns hier jedesmal mit unserer Schwester, die aus Friedland von der Aufbauschule kam. In der Erinnerung sah ich nun dieses Ankommen, Begrüßen und Abfahren ganz deutlich, sah darüber hinaus ungezählte ostpreußische Menschen auf und ab wogen, sah Friedensjahre voll Segen und Glück und konnte diese Bilder, die so übermächtig in mir aufstiegen, nicht mit dem Gegenwärtigen zusammenbringen, mit dem Stationsnamen in russischer Sprache, den russischen Offizieren, die von einem leeren Waggon herab unsere Namen verlasen, und den ausgemergelten Kameraden mit den geschorenen Köpfen, den armseligen Litewken und den Fußlappen in den Holzschuhen. Unfaßlich war mir dieser Bruch, und unfaßlich wird er mir immer bleiben.

Schon um die Mittagszeit durften wir weiterfahren. Am Ausgange des Bahnhofes zweigte früher die Strecke Gerdauen-Königsberg ab. Jetzt waren die Gleise abgebaut und fortgebracht. Dann überfuhren wir die Chaussee Gerdauen—Barten. Wir hielten gleich darauf auf freier Strecke. Wo sich nämlich vor Langmichels eine Brücke mit einem Feldweg über die Strecke wölbt, war die Grenze der beiden Verwaltungsgebiete. Sie war querfeldein durch hohe Stacheldrahtzäune mit Wachtürmen gekennzeichnet. Es gab hier wieder kurze Uebergangsformalitäten, dann fuhren wir weiter. Bald tauchte zwischen Bäumen und Gebüsch das Schloß Willkamm des Grafen Rautter auf. Es war instand, und es wohnte ein militärisches Grenzkommando darin. Dann kam das Vorwerk Fritzendorf. Es war das einzige Dorf zwischen Insterburg und Deutsch-Eylau, das bewohnte Häuser und bestellte Felder hatte. Es rauchte sogar ein Schornstein, und das Storchennest auf der Eiche war gut zu sehen. Ich sah auch das Giebelstübchen in der Schule, das einst ein Freund von mir bewohnt hat.

Wir fuhren in den Bahnhof Skandau ein. Er trug einen polnischen Namen. Während nämlich die Russen die deutschen Ortsnamen im allgemeinen beibehalten und nur in ihre Schriftzeichen gebracht hatten, hatten die Polen allen Orten im deutschen Ostpreußen polnische Namen gegeben. Der Bahnhof war, wie fast alle Bahnhöfe, von wenigen jungen Polen besetzt. Nach längerem Warten rückte die Maschine unsern Zug aus dem Bahnhof auf die freie Strecke. Wir wußten es nun schon, was es heißt, wenn eine Hauptstrecke nur eingleisig ist. Das zweite Gleis war natürlich auch demontiert. Wir standen nun also wieder einmal auf freiem Felde, allerdings in der wunderbaren Sonne eines letzten Augusttages. Den Zustand unserer einst so blühenden Provinz kannten wir schon: Distelfelder, die wie graue, abgeblühte Heide aussahen, bis zum Horizont, leere Dörfer, eingegrünte Wege, selbst noch die einsamen Bahnwärterhäuschen ausgebrannt oder ausgeschlachtet, das ist allen Inventars, selbst der Türen und Fensterflügel beraubt, also auch mit öden Fensterhöhlen, in denen das Grauen wohnt.

Dieses verwüstete Land hatten wir auch hier wieder vor Augen. Aber für mich selbst war dieser Anblick hier noch viel erschütternder und bitterer. Von links zog ein Landweg in die Felder hinaus, der Weg von Skandau nach Sansgarben. Rechts stand der Große Lipan mit seinem Damwildgehege. Und zwischen den Bäumen des Landweges und den Bäumen des Waldes in einem kleinen Durchblick ragten in der Ferne zwei Dächer aus dem Grün: das große rote Dach der Bartener Ordensburg und das kurze stumpfe Dach des Bartener Kirchturms. „Liebe, kleine Stadt", flüsterten meine Gedanken, und es war wie ein Streicheln über die eiskalten Wangen einer geliebten Toten. Sehnsüchtig suchten meine Augen immer wieder diese beiden roten Dächer in der Ferne. Und mein Herz quoll über von der Erinnerung. Die Kameraden, die wortlos auf das zertretene Land sahen, hörten zu, wie ich von diesem Raum hier erzählte: „Dort in der kleinen Stadt bin ich sechs Jahre lang Lehrer gewesen. Und hier auf diesen Feldern zwischen uns und der Stadt und in den vielen kleinen Wäldchen, die wir vor uns sehen, bin ich unendlich viel umhergestreift, um Tiere zu beobachten und zu fotografieren. Dort drüben bei Althagel standen im Frühjahr die Wildgänse in großen Scharen auf den Feldern. Dort drüben bei Arklitten gab es einen kleinen schönen See mit vielen Wasservögeln. Fast in jedem Feldgehölz nisteten Turmfalken und Waldohreulen. Auch Adler hat es hier gegeben. Es waren Schreiadler, nahe Verwandte des Steinadlers, zwar viel kleiner als dieser, aber doch auch schöne und kühne Tiere. Ein Paar horstete drüben in der Mintwiese, ein Paar in der Solke bei Willkamm, und zwei Paare waren im Sansgarbener Wald heimisch." Ich zeigte auf diese Wälder und tat damit einen tiefen Schnitt, einen Schnitt in mein Herz. Viel bittere Wehmut floß daraus. Ich sah nun meine jungen Jahre vor mir. Ich sah mich umherstreifen. Ich sah mich die Horste besteigen und den Adlern gegenüber sein, sah reiches Erleben und frohes Schaffen. Eine Fülle von Gedanken und Empfindungen überfiel mich, und alles um dieses Land und seine Adler! Im Augenblick hatte ich nur eine Furcht: der Zug könnte weiterfahren und mich aus diesem Stück Heimat reißen. O ihr Felder, ihr Wege, ihr Wälder, ihr Dörfer, du liebe, kleine Stadt, — es war fast, als betete ich dieses alles an!

Ehe noch der Zug anrollte, hörte ich einen Ruf. Es war nur die Andeutung eines Rufes und darum gar nicht einmal sicher, ob nicht überhaupt mein heftig erregtes Hirn eine Täuschung geschaffen hatte. Da wiederholte sich dieser Ruf, — nun schon weit deutlicher. Es klang einsilbig „kjück". Und nun sah ich auch gleich den Adler. Ich geriet außer mir. Ich rief es in den Waggon: Ein Adler kommt! Alle drängten zur Tür, um ihn zu sehen, und einige sprangen hinaus. Fast ohne die breiten, bandartigen Schwingen zu rühren, schwebte der Adler heran, gerade auf uns zu. Er war nicht hoch, und wir konnten ihn herrlich sehen. Jetzt rief er viel und zog einige Runden über uns, ohne Furcht vor uns Menschen. Und dann glitt er in derselben Richtung wieder davon, aus der er gekommen war.

In der Abenddämmerung fuhren wir in den Bahnhof Korschen ein. Wir empfingen dort unser Abendessen. Danach legten wir uns auf den Holzgestellen zum Schlafen hin. Alle waren sehr müde und keiner sprach etwas. Zwischen Wachen und Schlafen war in mir nur ein Gedanke: Ein Adler hat uns gegrüßt!

Bundestagsabgeordneter Dr. Trischler sprach in USA über das Vertriebenenproblem

New York. An der Rundreise der 15 Bundestagsabgeordneten durch die Vereinigten Staaten nahm auch der aus Bacska-Jugoslawien gebürtige Abgeordnete Dr. Trischler teil, der die Gelegenheit wahrnahm, um sowohl in Philadelphia als auch in Chicago vor den American Aid Societies über das Problem der deutschen Heimatvertriebenen und über ihre Not zu sprechen. Beide Veranstaltungen waren gut besucht — insbesondere von Deutschamerikanern — doch wurde diese Aufklärungstätigkeit von der in New York erscheinenden Zeitschrift „Aufbau" als „Mitleidskampagne" bezeichnet, die durch „Jammer-Reden" eingeleitet worden sei.

Das Kreuz des deutschen Ostens

Das Mahnmal bei Bad Harzburg als gesamtdeutsches Wahrzeichen

Vom Nordrand des Harzes aus wird das Kreuz der Heimatvertriebenen weit über das norddeutsche Land hinaus schauen, das der Zentralverband der vertriebenen Deutschen zusammen mit den Landsmannschaften in der Johannisnacht auf einer Felsenklippe über der Stadt errichtet.

Mancherorts sind in diesem Jahre Gedenk-Kreuze errichtet worden, in Erinnerung an die Toten, im Gedenken an einen zerstörten Ort, zur Sammlung einer Landschaft. Das Harzburger Kreuz kann zum ersten Male den Anspruch stellen, Sammelpunkt für alle Heimatvertriebenen und mit ihnen auch Gedenkstätte für die Deutschen des Bundesgebietes zu werden. Durch seine Lage mitten in Restdeutschland, am Rand des ersten Gebirges, das sich aus der norddeutschen Tiefebene erhebt, unmittelbar neben der widernatürlichen Grenze, die mitten durch unsere Heimat geht, hat es einen natürlichen Sockel in dem Felsen gefunden, der es als Sinnbild unserer Heimatverbundenheit für alle Zonen tragen kann. Die Teilnahme aller Landsmannschaften gibt ihm die breite Grundlage, die es über die rein örtliche Begrenzung hinaus zum gemeinsamen Wahrzeichen erhebt. Als erste von allen hat unsere ostpreußische Landsmannschaft ihre Teilnahme erklärt und wird bei der Weihefeier unser Wappen überreichen, das am Fuß des Kreuzes in die Felsen eingelassen wird.

Zwanzig Meter hoch wird das Kreuz aus der zehn Meter hohen Klippe aufragen. Der Querbalken trägt zwei Zahlen: 1945 — 1950 — . . ., der dritte Platz bleibt frei für eine Zahl, die wir noch nicht kennen. Die Klippe selbst, ein Felsen von grauem Urgranit, nimmt in einer natürlichen Spalte den Fuß des Males auf, das aus sechs mächtigen Lärchenstämmen gefügt darin fest verankert werden kann. An den Felsen aber werden die Wappen aller großen Landsmannschaften eingelassen: Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und Sudetenland. Wenn auch die kleineren Gruppen ihre Zeichen beitragen wollen, werden auch sie vollkommen sein.

Die Bedeutung des Mahnmals als gesamtdeutsches Wahrzeichen wird auch unterstrichen durch die Zusagen zur Teilnahme an der Weihefeier, die schon jetzt vorliegen. Die Kirchen werden durch den evangelischen Landesbischof von Braunschweig und einen entsprechenden katholischen Würdenträger vertreten sein, die vor der Weihe den Festgottesdienst halten. Neben Orts- und Kreisbehörden und Vertretern benachbarter Städte wird die Niedersächsische Landesregierung mehrere Mitglieder entsenden. Seitens der Bundesregierung liegen bisher drei Zusagen von Ministern vor, wobei anzunehmen ist, daß die eigentliche Weiherede vom Minister für Vertriebenenfragen, Dr. Lukaschek, oder vom Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jacob Kaiser, gehalten wird. Auch der persönlich geladene Oberbürgermeister von Berlin hat seine Teilnahme zugesagt.

Es ist ein schöner Gedanke, daß neben den vielen kleinen Erinnerungsstätten nur an einer Stelle, im Herzen Deutschlands, ein Zeichen stehen wird, das für uns alle, Vertriebene und heimisch Gebliebene, Erinnerung und Erwartung zugleich verkörpert, — Erwartung, daß das Recht, das unsere einzige Waffe im Kampf um die Heimat ist, sich vor aller Welt zu friedlicher Lösung verwirklicht. vLl.

Die Kreuzweihe

in der Johannisnacht findet nach folgendem Programm statt:

Sonnabend, den 24. 6.: Vormittags Eintreffen der Sonderzüge und Autobusse, Auskunft und Quartierzuweisung am Bahnhof. Die Teilnehmer der Auto-Sternfahrt werden am Centralhotel empfangen. Nachmittags Konzert im Badepark. 20.30 Uhr Feldgottesdienst beider Konfessionen auf dem Festplatz Fritz-König-Straße. 22 Uhr Kreuzweihe und Johannisfeuer.

Am **Sonntag, dem 25. 6.,** finden Autobusfahrten zum Kreuz des deutschen Ostens statt. Ab 9 Uhr Tagung der ostdeutschen Jugend.

Die Ostpreußen treffen sich: Reg.-Bezirk Königsberg in den Ratsstuben, Reg.-Bezirk Allenstein im Braunen Hirsch, Reg.-Bezirk Gumbinnen im Burgkeller, alle Treffpunkte Juliusstraße.

Von Hamburg, Hannover und Braunschweig werden Sonderzüge eingesetzt.

Bei den Gemeindewahlen in Klempau, Kreis Herzogtum Lauenburg in Schleswig-Holstein, gelang es dem „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) sieben von insgesamt neun Mandaten zu erringen. Auf die CDU entfielen zwei Mandate. Besonders bedeutsam ist, daß ein nicht unerheblicher Teil der Einheimischen für den BHE stimmte.

Was vom NWDR gesendet wird . . .

Schluß von Seite 188

dringen. So wurden hier in erster Linie Bauern, die Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, angesiedelt. Von den zur Zeit in Polen bestehenden 700 Kollektivgütern befinden sich 70 % in den früheren deutschen Gebieten. Das bedeutet also, daß Moskau versucht, hier auch von der wirtschaftlichen Form her ein Bollwerk gegen den Westen zu bauen, da mit einer wirtschaftlichen Wiedervereinigung Deutschlands auf längere Sicht doch wohl gerechnet werden muß, so daß eines Tages die europäische Grenze an der Oder liegen wird.

Aber gerade deshalb ist es auch im Rahmen des Schumann-Planes von außerordentlicher Wichtigkeit, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die endgültige Grenze nach dem Osten die einzige noch wichtige Grenze Europas darstellt. Je weiter der Integrationsraum Europas gezogen werden kann, um so gesünder wird die europäische Wirtschaft sein und umso höher der Lebensstandard des Einzelnen. Die Rückkehr der deutschen Gebiete jenseits der Oder/Neiße ist damit also nicht nur für Deutschland wichtig und eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch für die europäische Wirtschaftseinheit von morgen.

Soweit die Sendung des NWDR. (Wir haben die Stelle, auf die es ankommt, durch fetten Druck hervorgehoben.)

Man kann nicht behaupten, daß der NWDR in seinen Sendungen sich des Schicksals der zwölf Millionen Heimatvertriebenen besonders angenommen hätte. Briefmarkensammler und Kaninchenzüchter scheinen uns stärker berücksichtigt worden zu sein. Wenn er aber jetzt dabei ist, und sei es auch nur in einer Sendung, Ostpreußen und Oberschlesien mit leichter Hand für Deutschland abzuschreiben — der Korridor befand sich bekanntlich 1937 nicht innerhalb der deutschen Grenzen —, so daß im wesentlichen nur noch auf Hinterpommern und Niederschlesien Ansprüche aufrechterhalten werden, so soll man doch nicht glauben, daß die Heimatvertriebenen gewillt sind, sich derartige Dinge widerspruchslos gefallen zu lassen.

Nationalistische, womöglich gar kriegerische Töne?

Man bleibe uns mit derartigen Unterstellungen vom Leibe! Den Herren, die hier gemeint sind, sei empfohlen, sich in dieser Frage von einem Manne belehren zu lassen, der nationalistischer und kriegerischer Töne gewiß unverdächtig ist, nämlich von dem Ersten Bürgermeister der Stadt Hamburg, dem Sozialdemokraten Brauer. Bei der Eröffnung der Ostdeutschen Heimatwoche sagte er wörtlich:

„Niemand von uns ist so vermessen, daß er an eine Wiederherstellung der Grenzen denkt, die das Hitler-Reich einmal mit brutaler Gewalt weit in die Nachbarländer vorgeschoben hat. Der Traum deutscher Hypernationalisten und die Verstiegenheiten der nationalsozialistischen Herrenmenschen vom Großdeutschen Reich sind ein furchtbares Erwachen gegeben. Doch ausgeträumt. Aus diesen Träumen hat es gerade die Ernüchterung aller, selbst der zeitweilig Verblendeten, nimmt uns in keiner Weise die Berechtigung, festzustellen, daß die einmal in Versailles gezogenen Grenzen der Weimarer Republik, die keine Oder-Neiße-Grenzen vorsahen, in künftiger internationaler Vereinbarung wiederhergestellt werden sollten. Königsberg ist ebensowenig eine russische Stadt wie Stettin oder Breslau polnische Städte sind."

Was Bürgermeister Brauer hier gesagt hat, das ist auch der Standpunkt, den wir Heimatvertriebene einnehmen. Als was aber das zu bezeichnen ist, was der Nordwestdeutsche Rundfunk in der angeführten Sendung ausführte, möchten wir hier zunächst nicht aussprechen.

Herausgeber: Walter Ostermann, Hannover, Am Taubenfelde 1, Tel. 26 138, als Sequester.

Sendungen für die Schriftleitung: (24a) Hamburg-Bahrenfeld, Postfach 20.

„Wir Ostpreußen" erscheint zweimal im Monat. Bezugspreis: 55 Pfg. und 6 Pfg. Zustellgebühr. Einzelverkaufspreis 35 Pfg. Postscheckkonto Hamburg 83—011 C. E. Gutzeit.

Anzeigenverwaltung und -annahme und Druck: Rautenberg & Möckel, (23) Leer (Ostfriesland), Norderstr. 29/31.

Z. Zt. Anzeigenpreisliste 4 gültig.